

# Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Unterhaltung und Geschäftsverkehr.

Verleger: Julius Reichardt.  
Druck und Eigenthum der Herausgeber: Cleschy & Reichardt in Dresden. Verantwortl. Redacteur: Julius Reichardt.

Verleger: Julius Reichardt.  
Druck und Eigenthum der Herausgeber: Cleschy & Reichardt in Dresden. Verantwortl. Redacteur: Julius Reichardt.

Mr. 31. Neunzehnter Jahrgang. Dresden, Sonnabend, 31. Januar 1874.

Für die Monate Februar und März werden Abonnements in der Expedition, Marienstraße Nr. 13, sowie für auswärtig bei den Postämtern zu 17 Ngr. angenommen.

### Politisches.

Unvorbereitet, wie wir Deutsche waren, ohne Vermittlung und Uebergang haben wir das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht erhalten. Bismarck brauchte dieses Stimmrecht, um die Gründung des norddeutschen Bundes mit einem populären Schimmer zu umkleiden: er baute dabei auf die überwältigende Kraft des nationalen Gedankens, vielleicht ließ er sich von dem Glauben an die Untrüglichkeit der Volkswisheit leiten. Das deutsche Bürgerthum willigte in dieses Wahlrecht und trug es, strenggenommen ohne sonderliche Nothigung von innen heraus, nur im Vertrauen auf Bismarcks überlegenen Geist, den Arbeiterklassen entgegen. Ebenso freiwillig gewährte es ihnen die Coalitionsfreiheit und auch das Gastpflichtgesetz entsprang zunächst nicht der Agitation der Arbeiter, sondern der Humanität und Intelligenz des Bürgerstandes. Wohl treten jetzt manche Schattenseiten des allgemeinen Wahlrechts, Viele bedauernd hervor. Je größer die Masse der Wähler, umso stärker die momentanen Strömungen, die fanatisierende Phrasen, desto schwächer die ruhige Ueberlegung. Und die redlichsten Freunde des Volks erkennen infolge der Vorgänge bei allgemeinen Wahlen: wie breite Schichten des Volks noch in Unwissenheit befangen, der Verblendung leicht zugänglich sind. Bessere Volksbildung — das ist die erste Forderung, die sich hieraus ergibt. Aber größere Schulkenntnisse, erweiterter Wissenskreis thun es nicht allein — die politische Reife wird nicht auf der Schulbank angelehrt, höchstens wird hier dafür die erste Vorbedingung gelegt. Die wirksamste Vorschule liegt in den verschiedenen Arten der Selbstverwaltung, in dem Bezirksverband, in der Gemeinde, im Gewerbe: will sagen der Erwerbsgenossenschaft, dem Gewerksverein. Eine der wichtigsten Aufgaben der Gesetzgebung im Reiche wird es sein, an Stelle der gelösten gewerblichen Bande Corporationen zu schaffen, in denen Arbeitgeber gemeinsam mit den Lohnempfängern die eigenen Angelegenheiten beraten und sich so in der Selbstverwaltung üben und zur Regierung des Reichs vorbereiten. Die Reichstagswahl in Althadt-Dresden speziell und viele Wahlen in Sachsen haben es bewiesen, daß die Sozialdemokratie ihren stärksten Rückzug hernimmt aus dem durch die Reichsgesetzgebung zerstörten Kleinbürgerthum. Dieser Verquickung gilt es gegenwärtig entgegenzutreten.

Hochinteressant wird im Reichstage die gleichzeitige Anwesenheit der Spitzen der beiden sozialistischen Schulen sein. Die Eisenacher Richtung ist außer durch Bebel und Liebknecht noch durch 5 Mitglieder, der Allgemeine Arbeiter-Verein durch seine Koryphäen Haffelmann und Hasenclever vertreten. In ihren Organen haben sich beide Schulen bisher Schand und Brand angehaufen; die schlimmste Schmach häuften sie auf die Häupter der so nahe verwandten und doch so ingrimmig gekämpften Partei. Die Eisenacher haben Sachsen zur Domäne und sind außerhalb Sachsens in mehreren süddeutschen Großstädten, sowie in Braunschweig unterlegen; numerisch stärker ist der Allgemeine Arbeiterverein, auf dessen Candidaten in ganz Deutschland über 200,000 Stimmen fielen. Die gegenseitigen Verunglimpfungen ihrer Führer haben a) die Arbeiter im Ganzen keinen tiefen Eindruck gemacht. Es scheint auch ziemlich gleichgültig, ob die eine Fraction (die Eisenacher) nach Herstellung der Vereinigten Staaten von Europa, die andere nach der rothen Republik trachtet, ob von den Anhängern der einen die Arbeiter-Marxellaise, von den anderen die Pöbeltheorie gelehrt wird — aber wie sich vor der deutschen Nation die feindseligen Brüder verhalten werden, das beansprucht ein hohes Interesse. Gut ist es jedenfalls, daß, da einmal Bebel und Liebknecht mit Mandaten betraut wurden, auch Hasenclever und Haffelmann, „der wie Marx schreibt“, auf die öffentliche Bühne berufen sind. Auch der Schall wird im Reichstage nicht fehlen. Carl Braun, „unser Braun“, der unverwundliche Spahnmacher und Parlamentsclown, ist in Diegnitz gewöhlt.

Als sei ein Hintenschuß auf einen Taubenschlag abgefeuert worden, so flatterte die Politiker Großbritanniens von London nach der Provinz, sowie Gladstone das Parlament aufgelöst hatte. Alle Wahlkreise werden unterminirt und eine fieberhafte Thätigkeit hat sich des Landes bemächtigt. Alle Welt tappt noch im Finstern über das Ergebnis der Wahlen, umso mehr, als diesmal zum ersten Male die geheime Abstimmung eintritt. Auf mehr jedoch, als auf eine Majorität von 40 bis höchstens 50 Stimmen rechnet selbst der heißblütigste Gladstonianer nicht.

In Oesterreich ist ein eigenthümlicher Conflict ausgebrochen. Der freitharische Bischof Rudiger von Sing (der übrigens erklärt hat, das Concordat könne nicht aufgelöst werden und bekümmert trotz aller Staatsgesetze von A bis Z in voller Kraft) hat einen Feldzug gegen den in den Alpengegenden üblich gewordenen Gruß „Grüß Gott“ unternommen. Er hat angeordnet, daß die Schulkinder beim Erscheinen des Pfarrers in der Schulstube diesen nicht mehr mit dem rationalistisch-angekränkelten „Grüß Gott“ begrüßen, sondern mit dem Rufe: „Gelobt sei Jesus Christus“, der viel mehr katholisch sei. Der Schulrath von Lenz aber meint, der letztere Gruß sei zwar recht üblich, aber der Herr Bischof habe nicht selbstständig Anordnungen in der Schule zu geben. Daß die echte Religiosität unter diesem Gekläne nicht gewinnt, das übersteht der Eifer des Bischofs.

Ungarn würde nicht nur kein Deficit haben, sondern Ueberschüsse liefern, wenn seine Bürger sich nur an's Steuernahlen gewöhnen könnten. So aber betrogen die amtlich jetzt nachgewiesenen Steuerrückstände Ende 1872 nicht weniger als 117,461,876 Gulden. Und es ist nicht der arme Mann, der Kleinbürger und Kleinbauer, sondern der reiche Magnat, der seine Steuern nicht bezahlt und sie oft zu 100,000 schuldig bleibt. Bei der Abgeordnetenwahl in Szolnok in Ungarn kam es wirklich zu einem Handgemeine zwischen den

Wählern und dem einschreitenden Militär. Letzteres machte von der Waffe Gebrauch; auf beiden Seiten gab es Verwundungen. Der Candidat der Mittelpartei, Horavsky, wurde mit 20 Stimmen Majorität gegen Masay (äußerste Linke) gewählt.

Während in großartigstem Maßstabe in England die Sympathie-Versammlungen für Deutschland sich folgen und diese protestantische Bewegung sich auch nach Schottland verpflanzt, verschlechtern sich die Beziehungen Deutschlands zu Italien. Das deutsche Cabinet macht es der italienischen Regierung zum Vorwurf, daß sie keine Schritte gegen Lamarmora unternahm und auch bis jetzt unentwieslich, im Parlamente einen Gesetzentwurf einzubringen, der die Verfolgung des Buches von Lamarmora ermöglicht hätte. Das italienische Cabinet ließ in Berlin andeuten, daß es nicht fähig sei, für einen solchen Vorschlag eine Majorität zu finden. Der Reichstanzler hatte jüngsthin mit dem italienischen Vertreter eine erregte Unterredung über dieses Thema.

Man durfte hoffen, daß der Streit um die Schheit der von der Kön. Stg. gebrachten päpstlichen Bulle über die künftige Papstwahl zu Ende sei. Aber es hat leider noch nicht ausgeblüht. Die „Germania“ sagt es dem ersten Legationssecretär bei der deutschen Gesandtschaft in Rom, dem Fürsten v. Lynar, auf den Kopf zu, daß er diese Bulle sich habe verschaffen und erlaufen wollen, aber hinter das Licht geführt worden sei. So bullt sich dieser Streit weiter.

### Locales und Sächsisches.

In Leipzig hat nach dem „Dr. J.“ am 29. J. M. die Königin im Laufe des Nachmittags die Geschäfte von Gebrüder Sala, Gustav Stegner und Hietel besucht und Johann die Damen des Albertvereins Modern empfangen. S. M. der König kehrte mit S. R. H. dem Prinzen Georg Nachmittag gegen 5 Uhr von der Jagd zurück, worauf im königl. Palais unter Zuziehung der Jagdgäste das Diner stattfand. Abends 7 Uhr besuchten beide Majestäten das Gewandhausconcert. Gestern Vormittag hielt Sr. Majestät bei ledlichem Wetter über das Infanterieregiment Nr. 107 Parade ab und besuchte nach Beendigung derselben zunächst das Museum, die Universitätsinstitute der Professoren Geh. Hofrath Dr. Daniel, Dr. Kolbe, Geh. Medicinalrath Dr. Wagner und Geh. Hofrath Dr. Ludwig, sowie das Johannis-Hospital. Die Königin hat von Vormittags 10 Uhr an das Triersche Institut, das Missionsvereinshaus und die Kinderbewahranstalt besucht. Die Vorbereitungen zu der gestern Abend stattgefundenen Illumination waren großartig.

Die Nachkommen haben vom Kaiser von Oesterreich Ordensdecorationen erhalten: der Regimentschef im Ministerium des Innern, Dr. Bischoff, den Stern zum Comthur der Franz-Joseph-Ordens, der Regierungsrath Vötter zu Chemnitz und der Commerzienrath Schille zu Dresden den Orden der Ehrenkronen 3. Classe, der Professor Ehrhardt und der Professor Dr. Guntz in Dresden, sowie der Maschinenfabrik-Director Heller zu Chemnitz das Ritterkreuz des Franz-Joseph-Ordens, der Professor Dr. Wille zu Dresden das goldene Verdienstkreuz, der Polizeiwachmeister Jäger zu Dresden das silberne Verdienstkreuz.

Landtag. Die gestrige Verhandlung der 2. Kammer bot manchen interessanten Momenten und hatte namentlich ein dramatisches Gepräge. Zu Anfang beriefen wurde vom Präsidenten eine auf den bekannten Aufsatz in der Sitzung vom 20. d. M. bezügliche Zuschrift des Abg. Kreßmar, der sich infolge dieses Vorganges selber von den Sitzungen ferngehalten hatte, vorlesen. Abg. v. Einledele gab hierauf eine Erklärung ab, in welcher vom Abg. Kreßmar, wie in seinem Namen vom Abg. Wetzi ausgesprochen wurde, eine genügende Genugthuung erteilt wird. Der Präsident drückte seine Befriedigung über diesen Auszug der Angelegenheit aus. — Abg. Hüllig interpellirte die Regierung wegen der für die in der Nähe von Militärkaserne belegenen Gemeinden bei der letzten Tragoedie der Feuerwaffen sich ergebenden Uebelstände und Gefahren. Der Kriegsminister von Fabricé antwortete, daß das Kriegsministerium das Vorgehen in dieser Uebelstände vollständig anerkenne und ihrer Beseitigung fortgesetzt seine Aufmerksamkeit widme. — Sodann bewilligte die Kammer die zur Vollendung des kostspieligen Rothschönbberger Stolln noch fehlenden 250,000 Thlr. zwar einstimmig, aber nur der Finanzlage nachgebend, um die bisher verbaute 2 Millionen nicht ganz werthlos zu lassen. Abg. Schöner wünschete eine Verabreichung darüber, ob wenn sich etwa ergeben sollte, daß dieser Stolln dem Bergbau nicht den erwarteten Nutzen gewähre, dann etwa gar noch der alte Stolln vom Weitzer Abfluge an gebaut werden sollte? Der Finanzminister von Friesen erklärte, daß man dementsprechend den Rothschönbberger Stolln gar nicht bauen würde, daß man aber 1843, vor man den Bau beschloß, noch keine Abnung von der Entloerung der Technik und dem Reichthume Sachsens an Kohlenlagern gehabt habe. Den ungleich noch kostspieligeren Stolln von Weizen an würde man bei dem heutigen Stande der Technik nicht bauen. Abg. Sachse führt aus seiner Kenntnis des Bergbaues an, daß der Rothschönbberger Stolln dem Bergbau aus dem Grunde von seinem schlimmsten Feinde, den unterirdischen Wässern, bedroht. Die Gruben bedürften zwar trotzdem noch der Dampfkraft, um die Grundwasser zur Höhe des Rothschönbberger Stolln zu heben; aber nach seiner Fertigstellung würde dieser dann die ausgiebige Production vieler sonst erliegenden Gruben ermögligen. Abg. Käferlein legt der Regierung dringend ans Herz, gegenüber Gemeinden und Erbkäten, denen der Stolln das notwendige Wasser entziehe, in der Entscheidung consent zu verhandeln. Nach dem Schlusswort des Ref. v. Friesen erfolgt die Bewilligung. — Hieran schließt sich die Verabreichung der Militäreneidanten in Dresden. Abg. Wenzig: Die heutige Bewilligung der für Ordnung eines Krenals, Casernen und sonstiger Militärbauten erforderlichen 900,000 und 2,420,000 Thlr. ist nur die Consequenz des Beschlusses des vorigen Landtags, der sich für Umtausch der jetzigen Militäreneidanten gegen die Erbauung neuer ausgesprochen habe. Camald durfte man hoffen, daß aus dem Verkauf der jetzigen Grundstücke die Errichtung der neuen sich denken würde. Nach dem inzwischen eingetretenen Umtausch sei vielleicht nach 10 Jahren erst zu hoffen, daß in Dresden für die Cu.-Gieß durchschüssig 10 Thlr. gezahlt würde, was doch nicht zu sein, wenn die sächsische Staatskasse keinen Verlust erleiden solle, abgesehen von dem Zinsverlust, der sie ohnehin trifft. Wie sich die Sache für die Staatskasse künftighin verhalten werde, das beantwortete sich mit dem Worten eines Predigers, der seine Redewendung begonnen habe mit: „Noch

uhen in der Zeiten Schwärze die schwarzen und die heitern Voofe.“ Er hoffe immer noch auf ein besseres Vord, wenn namentlich der gedachte Umtausch v. Fabricé (Wache geisterfrei, in welche dieser bezugsstimmig) nicht dies großartig, sondern auch langsam und zweckmäßig baue. Wüchten die Soldaten, die später jene großartigen Classissements beziehen, nie vergessen, daß sie Eöhne des Volks seien und in dasselbe zurückkehren! Abg. Ludw. v. G.: Unter den projectirten Bauten figurire auch ein Gabettenhaus mit 300,000 Thlr. Das sei für eine gute Anstalt gewiß ar sich nicht zu viel; aber, als seiner Zeit der Reichstag für Erbauung des Central-Gabettenhauses in Väterreide die Summe bewilligte, so habe die Reichsregierung erklärt, daß dann die sämtlichen anderen deutschen Gabettenhäuser geschlossen werden sollen. Wozu brauchten wir in Sachsen dann noch ein besonderes Gabettenhaus? Der Kriegsminister v. Fabricé bestreitet die Abflucht der Reichsregierung, alle anderen Gabettenhäuser zu Gunsten der Central-Gabettenanstalt in Väterreide aufzulösen. Jene Abflucht habe sich nur auf die preussischen Gabettenhäuser bezogen. Sachsen stehe ebenso wie Württemberg und Baiern das Recht zu, seine Officiersaspiranten selbst zu erziehen. Die maßgebenden Kreise in Berlin besten gar nicht die Erziehung sämtlicher Gabetten in einer Anstalt für zweckmäßig und in Berlin denke man aber das sächs. Gabettenhaus anders als Ludwig. — Dr. Wlgard: Hoffentlich komme man bald dahin, die Militärkaserne zu erleichtern und die Präsenzzeit abzukürzen. Der jetzige Militärzustand könne doch nicht ewig dauern. — Sachse bezieht nicht, wie Ludwig Sachsen um eine Bildungsanstalt armer machen wolle, die vormalige Offiziere gebildet und zum Ruhme Sachsens gereicht habe. Seitdem Ludwig freilich nach Leipzig übergesiedelt sei, wäre derselbe in eine solche Unionsanstalt hineingerathen, daß er um ein Paar Hunderttausend Thaler wüßte, die Sachsen vielleicht noch auf das Reich werfen könne, es um eine Bildungsanstalt armer machen wolle. — Wlgard: Das Reich sei allein competent, über das Fortbestehen des sächsischen Gabettenhauses zu bestimmen. Dasselbe bestude nur auf Grund der Convention zwischen den Kronen Preußen und Sachsen, die aber dem Reichstage nie vorgelegen habe. Der sächsische Landtag habe gar kein Recht, Gelder für ein Gabettenhaus zu bewilligen; alles Militär-eigenthum sei auf das Reich übergegangen. Minister v. Fabricé: Genau auf Grund der Reichsgehalte sei das Königlich sächsische Kriegsministerium berechtigt, solchen Umtausch, wie hier zwischen dem alten und dem neuen Gabettenhaus, vorzunehmen. Die Militär-Convention zwischen den Kronen Preußen und Sachsen sei vor Errichtung des norddeutschen Bundes abgeschlossen worden und sei dem Reichstage nicht vorgelegen. Im sächsischen Gabettenhaus komme die Erziehung der sächsischen Officiersaspiranten billiger zu stehen als in Väterreide und mit Stolz sage er es: Sachsen's Volk sei vollkommen in der Lage, das was das Reich von ihm fordere, aus eigener Kraft, ohne Beihilfe zu leisten. (Wesal recht.) — Ludwig bezieht erregt, daß er Sachsen um eine Bildungsanstalt armer machen wolle. Der Kriegsminister habe sich trotz der Convention zwischen den Kronen den Befehlen der Reichsregierung zu fügen. Er wüßte aber keine Gründe, nicht nach seiner Ueberzeugung und Gewissen zu handeln, sondern sich im Gegensatz zu dem Vortrags-sachen Sachse, immer für ein Stück Preußen und freies Deutsch-land zu geben. Ob Sachse damit unentwunden sei und ob Sachsen dabei etwas einbüße, das ist ihm ganz gleich. — Dr. Wlgard: Ich wünschte, daß die Reichsregierung sich selbst nicht mit Bewilligung der sächsischen Landtag die Aufhebung des sächs. Gabettenhauses beschließen, höchstens habe derselbe die beiden 1. Classen aus Dresden nach Väterreide legen wollen. — Sachse: Wozu habe Ludwig sich nicht gelichtet, die Consequenzen solcher Verorathungen selber zu denken. Sollte er es aber überdies über die Consequenzen, die er (Sachse) aus dessen Ueberlegen gezogen. Wie solle dem Sachsen ein Gabettenhaus noch behalten, wenn Ludwig verlange, daß unsere Gabetten noch Reichsbesitz geblieben würden? Er (Sachse) habe freilich längst angedeutet, mit Ludwig über Vaterlandsliebe zu rechten. Wer in einem Reich keine sächsische Vaterlandsliebe betone und dabei sage: die Union ginge ihm über Alles, die Erhaltung von Sachsens Ehre und Ehre sei ihm ganz gleichgültig, der möge wenigstens die Ehre eines guten Sachsen ablegen. (Sehr gut! recht.) — Dem Kriegsminister sind diese Auseinandersetzungen sichtlich fatal und er schneidet geschickt die Fortsetzung derselben mit Holzandem ab: Allen Anwesenden liege der Glaube und die Macht des Reiches am Herzen und ebenso seien alle einig in der Liebe zum engeren Vaterlande. Wüßte man also die Fortsetzung solcher Debatten, das bitte er, unterlassen. Für Sachsen sei das Gabettenhaus unbedingt notwendig, damit unserem Armeecorps nicht die besseren Elemente des Officierscorps verloren gingen, weil der Eintritt in ein größeres Heer junge Leute sehr verlohne. Unser Gabettenhaus stehe dem preussischen in nichts nach; mit Bewilligung sage er, daß man es in Berlin in maßgebenden Kreisen als eine vorzügliche Anstalt schätze. In demselben würden neben 100 Sachsen über 80 andere junge Deutsche für das Officierscorps gebildet, es sei also keine specifisch sächsische Anstalt. — Ludwig bezieht dabei, Sachse habe ihm entweder mißverstanden, oder er verdröhe absichtlich seine Worte. Graf Dr. Schaiffraib rügt diese Worte als unparlamentarisch. — Krause: Durch Bildung des norddeutschen Bundes sei die Militäreneidanten zwischen den Kronen Sachsen und Preußen einträglich geworden. Dr. Wlgard: Ein Vertrag bestude so lange, als er nicht ausdrücklich aufgehoben sei. Abg. Wlgard: Im Reichstage habe er wahrhaftig ungeheure Summen für Militäreneidanten bewilligen müssen, jetzt solle man dasselbe im sächsischen Landtage thun! Wlgard habe die Meinung des größten Theils des sächsischen Volks ausgesprochen: man möge die Militärkaserne erleichtern, die Präsenzzeit abkürzen! Damit bezieht man viele Unzuliebe im Volk. Auch er bezieht, daß Ludwig Irrthümer über den Reichstag berichtet habe. — Nach dem Schlusswort des Ref. Sachse bewilligt die Kammer die geforderten Summen gegen 7 Stimmen: Wlgard, Kirsch, Krause, Dr. Wlgard, Ludwig, Dr. Wlgard, Dr. Wlgard. Der Abg. Wlgard spricht sein Ja! mit einem so tiefen Stöhnen aus, daß die ganze Kammer in ungebundenem Gelächter ausbricht.

Nach einer Mittheilung der „Neuen freien Presse“ bezieht sich Graf Beust, der gegenwärtig in Wien aufhältlich ist, nächstens mit seiner Familie nach Dresden und kehrt von dort auf seinen Posten nach London zurück.

Zwei in Dresden bekannte Familien sind in den letzten Tagen von unerwarteten Todesfällen betroffen worden. In Prag ist der 25jährige Sohn (Georg) des hiesigen Hofbuchdruckereibesetzers Theodor Reinhold plötzlich gestorben und in Stralsburg der Sohn des Kammerjägers Tichatsch, der königl. sächs. Premierlieutenant Tichatsch, einer vierzehnjährigen schweren und qualvollen Krankheit erlegen.

Im 23. Wahlkreise hat bei der Stichwahl der Advocat Krause hier 626, der Amtsgutsbesitzer Seiler in Reuenfals bisher